bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 01 | 04. Januar 2007

Rechte Szene 2

Weiterer Aderlass
Gleich mehrere Landesvorsitzende der Republikaner werfen das Handtuch.

Sprungbrett zum Erfolg
Die NPD will „in die Köpfe“, „in die Herzen“ und in die Parlamente einziehen.

Virtuelles braunes Netz
Das neonazistische „Skadi-Forum“ kann seit Jahren sein Webangebot weitgehend halten – zahlreiche andere rechte Seiten wurden gehackt oder abgeschaltet.

Landflüchtige Szene
In Sachsen-Anhalt wollen Rechtsextremisten zunehmend in den großen Städten Fuß fassen. Ein Beispiel dafür ist Halle/Saale.

Klinische Symptome
Ein Psychiater im Dienste der NPD.

Seitenblick 7

Treffen der Holocaust-Leugner
Revisionisten und Islamisten aus zahlreichen Staaten fanden sich zu einer „Konferenz“ in Teheran unter der Fittiche des iranischen Staatschefs Ahmadinedschad ein.

Demokratische Initiativen 9

Vom Hass verabschieden
Erfolg versprechender Modellversuch für inhaftierte rechtsextreme Mitläufer.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Chronik des Erinnerns
2007 jähren sich wieder zahlreiche Daten deutscher Geschichte – vor 75 Jahren, 1942, begann der systematische Massenmord an den Juden.

Meldungen 12

Rechte Szene

Weiterer Aderlass

Gleich mehrere Landesvorsitzende der Republikaner werfen das Handtuch.

Der Zerfallsprozess der Republikaner setzt sich nach deren Bundesparteitag fort. Die Landesvorsitzenden von Berlin und Sachsen-Anhalt haben die Partei verlassen. Beide hatten im Dezember Björn Clemens, den unterlegenen Gegenkandidaten von Parteichef Rolf Schlierer, unterstützt.

Kurz vor Weihnachten erklärten Sachsen-Anhalts Landesvorsitzender Peter Walde und seine Frau, die Landesschatzmeisterin Heide Walde, ihren Austritt. Mit ihnen gingen der größte Teil des Landesvorstandes und alle Kreisvorsitzenden. „Es gibt damit in Sachsen-Anhalt keinen Landesvorstand und keine Kreisverbände mehr“, heißt es in der Erklärung. In einer Liste der Austretenden werden unter anderem auch die Landesvize Horst Scheffler (Kreisvorsitzender in Halle) und Axel Stange (Kreisvorsitzender in Köthen), der Landesschriftführer Reinhold Uhlig (Kreisvorsitzender in Aschersleben) sowie die Beisitzer Erich Schlee (Kreisvorsitzender in Magdeburg) und Michael Karkosch genannt, außerdem der Kreisvorsitzende von Wittenberg, Karsten Langbein. Insgesamt sollen zwei Drittel der Mitglieder die Partei verlassen haben.

In ihrer Erklärung beklagen die Waldes Eingriffe des Bundesvorstands in die Arbeit des Landesvorstands. Bundesvize Ursula Winkelsett habe den Sachsen-Anhaltinern „nach Gutsherrenart“ die Zahl von Delegierten diktieren wollen und dabei die Satzung „verbogen“. Bundesschatzmeister Ralf Goertz habe Pressemitteilungen von der Homepage des Landesverbandes verschwinden lassen. Schließlich sei der Seitenbetreuer sogar gesperrt worden. Auch im Landtagswahlkampf im Frühjahr 2006 fühlten sich Walde & Co. allein gelassen. Winkelsett sei lediglich am Wahlabend angereist: „Für den Fall, dass wir es vielleicht doch geschafft hätten, um dann mit dabei zu sein, um sich selber den Erfolg anheften zu können.“ Für den Wahlkampf habe der Landesverband nur „10 000 Euro plus Plakate“ erhalten, „während dem viel kleineren Landesverband Bremen für die Wahl 2007 125 000 Euro zugebilligt werden“.

Einer Abrechnung mit den Republikanern ähnlich ist das Abschiedsschreiben des Berliner Ex-Landeschefs Peter Warnst, der unter der Überschrift „Genug ist genug!“ seinen Austritt nach fast 18 Jahren Mitgliedschaft ankündigte. Er beklagt „unglaubliche Schikanen und Behinderungen des Berliner Wahlkampfes durch das Bundespräsidium“. „Führenden Mitgliedern des Parteipräsidiums“ attestiert er „eine reaktionäre Spießigkeit“. Resultat seien „homophobe Angriffe“ gegen ihn selbst gewesen, „weil er nicht in das kleinbürgerlich-reaktionäre Weltbild dieser Herrschaften passt“. „Schlierer und seinen Satrapen“ bescheinigt er „eine nicht zu überbietende Überheblichkeit und Selbstgefälligkeit“ und beklagt „die absolute Uneinsichtigkeit in die Notwendigkeit von Wahlabsprachen“. Der Bundesparteitag habe „den weiteren Weg in die Bedeutungslosigkeit beschlossen“. Als „reines Selbstverwaltungsprojekt zur Finanzierung diverser parteieigener Firmen“ werde die Partei „nur noch soweit am Leben erhalten, dass die staatlichen Zuschüsse weiter fließen“.

Ob Warnst den Lockrufen der NPD-Führung an die REP-Abtrünnigen folgt, scheint noch unklar. Sein Problem dürfte dabei sein, dass die Homophobie des durchschnittlichen NPDlers sicher nicht schwächer ausgeprägt ist als die der Republikaner. Klarer ist die Situation in Sachsen-Anhalt. „Wir selbst und alle, die mit uns gehen, werden politisch weiterhin aktiv bleiben“, hatten die Waldes formuliert. Die meisten von ihnen wird es zur NPD ziehen, darunter auch den Ex-Landesvorsitzenden und die Schatzmeisterin. Damit folgen sie dem Hamburger Matthias Faust, der in der Hansestadt eigentlich den daniederliegenden Landesverband wieder aufbauen sollte, aber bereits vor dem Bundesparteitag das Weite gesucht hatte. „Eine Partei, ... deren Führung es anscheinend wichtiger ist, sich selbst im Amt zu halten, als politisch wertvolle Arbeit hervorzubringen, die ihre eigenen Mitglieder bekämpft, sobald sich diese kritisch äußern, kann niemals meine Partei sein“, erklärte Faust. Parteichef Schlierer, um ein „gemäßigtes“ Image bemüht, stören die Abgänge nicht. In einer Pressemitteilung zum Jahresende ließ er wissen, nach dem Parteitag könne niemand mehr leugnen, dass „die Republikaner fest auf dem Boden des Grundgesetzes stünden und mit rechten oder linken Extremisten und insbesondere der NPD nicht in einen Topf geworfen werden dürften“.

Tomas Sager

Sprungbrett zum Erfolg

Die NPD will „in die Köpfe", „in die Herzen" und in die Parlamente einziehen.

Die NPD in Sachsen-Anhalt schickt sich an, die Kreistagswahlen, die im April aufgrund einer Kreisgebietsreform erforderlich geworden sind, zur Stärkung ihrer Basis in den kommunalen Parlamenten zu nutzen. In sechs von neun neu gebildeten Kreisen tritt die rechtsextreme Partei zur Wahl an. Sie sieht in möglichen Erfolgen ein Sprungbrett für spätere Landtags- und Bundestagswahlen.

Bereits bei den vergangenen Kreistagswahlen sind NPD-Mitglieder in die Kreistage von Blankenburg und Aschersleben eingezogen. Zudem war die rechtsextreme Partei bei den Stadtratswahlen in Quedlinburg, Laucha, Halle/Saale, Halberstadt und Sangerhausen erfolgreich und konnte je einen Abgeordneten ins jeweilige Kommunalparlament entsenden. Allerdings haben zwischenzeitlich Harald Hinze, Mitglied des Kreistages Aschersleben, Matthias Ahlfeld, Stadtratsabgeordneter in Halberstadt sowie Steffen Hartmann, der im Stadtrat von Sangerhausen sitzt, der NPD den Rücken gekehrt.

Andreas Karl, Kreistagsabgeordneter in Blankenburg, wurde jüngst in seinem Amt als NPD-Landesvorsitzender bestätigt. Er war vor wenigen Wochen auch als Kandidat für das Oberbürgermeisteramt in Halle/Saale angetreten und konnte bei dieser Wahl immerhin 1,7 Prozent der Stimmen erringen. Damit war er auf Platz sechs von 14 angetretenen Bewerbern gelandet. Bei der vergangenen Landtagswahl hatte er im Rahmen des Deutschland-Paktes mit der DVU auf deren Liste kandidiert. Die DVU war jedoch an der Fünf-Prozent-Klausel klar gescheitert.

Beim NPD-Landesparteitag, zu dem Medienvertreter nicht zugelassen waren, wurde erneut der Trend deutlich, dass es zunehmend zum Schulterschluss zwischen NPD und freien Kameradschaften kommt. Zahlreiche Vertreter dieser Kameradschaften nahmen an dem Landesparteitag als Gäste teil. Und auf die Unterstützung dieser Kameradschaften setzt die NPD auch im Hinblick auf die anstehenden Kreistagswahlen. „Zusammen mit den freien Kameradschaften und mit der NPD-Jugendorganisation ist unser Ziel die Bildung einer eigenen Fraktion im neuen Kreistag des Burgenlandkreises", heißt es etwa auf der Internet-Seite des NPD-Kreisverbandes Burgenland. „In die Köpfe in die Herzen in die Parlamente!" – so lautet das Motto, unter dem die NPD zu den Kreistagswahlen antritt.

Die NPD hat derzeit in Sachsen-Anhalt rund 250 Mitglieder. Zum Vergleich: Die DVU verfügt inzwischen nur noch über rund 50 Mitglieder, die Republikaner hatten bis vor kurzer Zeit etwa 100. Insbesondere die Republikaner werden derzeit seitens der NPD verstärkt umworben. Bei einer Sitzung des NPD-Bundesvorstandes in Naumburg im Süden Sachsen-Anhalts richtete Parteichef Udo Voigt einen erneuten Appell an die REP, sich dem Deutschland-Pakt zwischen NPD und DVU endlich anzuschließen: „Die Zeit ist reif; schließt Euch jetzt der NPD und dem erfolgreichen Deutschland-Pakt an. Jede Eigenbrötelei hilft letztendlich den multikulturellen Extremisten!"

Eine besondere Rolle in der Außendarstellung der NPD spielen in Sachsen-Anhalt die Jungen Nationaldemokraten (JN). Deren Landesvorsitzender, der Student Philipp Valenta, ist zugleich Bundesvize des NPD-Nachwuchses. Sein Stellvertreter im Landesvorsitz, Michael Schäfer, ist als Beisitzer im JN-Bundesvorstand für die Themen „Politik und Schulung" zuständig. Valenta ist zudem Beisitzer im NPD-Landesvorstand. Die auch bundesweite Bedeutung dieser beiden für die Partei und ihre Jugendorganisation ist nur folgerichtig: Die übergroße Mehrheit der NPD-Mitglieder in Sachsen-Anhalt ist unter 30 Jahre alt. Zudem sind die JN die Schnittstelle der Partei zu den freien Kameradschaften.

NPD-Landeschef Andreas Karl führte ein Dachdecker-Unternehmen, dass sich derzeit jedoch im Insolvenzverfahren befindet. Mit dem bundesdeutschen Insolvenzrecht befindet sich Karl jedoch offensichtlich auf Kriegsfuß. Bereits vor zwei Jahren verwehrte Karl einem Gerichtsvollzieher den Zutritt zu seinen Räumlichkeiten. Er unterliege nicht der bundesdeutschen Justiz, erklärte Karl, bevor er dem Gerichtsvollzieher die Tür vor der Nase zuschlug, sondern sei noch immer Bürger des Deutschen Reiches. Dieses sei niemals rechtswirksam aufgelöst worden, die Bundesrepublik hingegen nur ein Instrument der alliierten Besatzungsmächte.

Eberhard Löblich

Virtuelles braunes Netz

Das neonazistische „Skadi-Forum" kann seit Jahren sein Webangebot weitgehend halten – zahlreiche andere rechte Seiten wurden gehackt oder abgeschaltet.

Große und weitgehend konstante Webportale, Szene-Foren und Linklisten sind maßgebliche Vernetzungsinstrumente im virtuellen braunen Netz. Gerade diese waren in den vergangenen Jahren vermehrt von Hackerangriffen und Serverproblemen betroffen und zeitweise offline. So führten der Hack des für die deutsche Neonaziszene zentralen Forums „freier-widerstand" im Herbst 2005 und darauffolgende Serverprobleme dazu, dass über mehrere Monate immer wieder nur der Satz: „freier-widerstand wurde vom Anbieter gesperrt und wir mussten erneut den Server wechseln" erreichbar war. Die Bedeutung dieses Forum ist seither massiv gesunken: Anstelle der vormals knapp 3000 angemeldeten User im Sommer 2005 sind es gerade noch ein Drittel.

Auch im vergangenen Jahr wurden wieder zahlreiche rechtsextreme Websites gehackt und abgeschaltet, wie vor wenigen Wochen der komplette Neonazi-Hoster „ns-public.net". Mit ihm verschwanden knapp 20 Websites vor allem aus dem Kameradschaftsspektrum, viele von ihnen sind bis heute offline.

Unberührt von dieser unfreiwilligen Fluktuation scheint dagegen in den letzten Jahren das neonazistische „Skadi-Forum" mit seinem umfangreichen und strafbaren Webangebot. Das Forum, seit 2003 im Netz, ist nur ein Teil jenes braunen Online-Angebotes, das unter dem Domainnamen „Skadi" seit 2000 im Internet abrufbar ist. Die bisherige „Durststrecke" von Skadi lag zwischen den Jahren 2004 und 2005, als es durch Aktivitäten der Zentralstelle jugendschutz.net seine Adresse zeitweise verlor und durch weitere anhaltende technische und personelle Probleme erst im Sommer 2005 wieder erreichbar war – in weit geringerem Umfang als zuvor: Die bis dato betriebene neonazistische Topliste TOP100, eine der maßgeblichen des internationalen Rechtsextremismus, verschwand ebenso wie ein neonazistisches Bannertauschsystem. Lediglich das Forum konnte nach dem Zusammenbruch reaktiviert werden – allerdings auf hohem Niveau: Mit einem eingespielten Backup war es auf einen Schlag wieder mit über 4 800 registrierten Nutzern und über einer Viertelmillion Postings online. Diese Zahlen sind bis heute angestiegen auf über 7 300 angemeldete User und mehr als 65 000 Beiträge. Wie beim Forum von „freier-widerstand" handelt es sich dabei lediglich um jene Nutzer, die auch Beiträge schreiben können – die Zahl der reinen Leser dieser frei zugänglichen Foren liegt um ein Vielfaches höher. Die Statistik von Skadi zeigt allein für den vergangenen November fast zwei Millionen Seitenaufrufe.

Die Hälfte des Forumsbereiches umfasst ein deutschsprachiges Angebot – in zahllosen volksverhetzenden, auschwitzleugnenden und rassistischen Beiträgen werden hier Ideologiediskussionen ebenso geführt wie Szene-Nachrichten und aktuelle Ereignisse aus rechtsextremer Sicht diskutiert. Dabei sind nicht nur die Beiträge von strafrechtlicher Relevanz, vielfach werden von den Nutzern auch Atavare [Userbilder] mit NS-Symbolik genutzt oder eindeutige und nach deutschem Recht unzulässige Slogans am Ende der Beiträge hinterlassen. Die „üblichen" Propagandadelikte, gegen die in diesem Forum massiv verstoßen wird, werden beim amerikanischen Provider offensichtlich geduldet.

Darüber hinaus sind über das Forum mittlerweile die gängigen Holocaustleugner-Bücher ebenso abrufbar wie NS-Literatur und volksverhetzende Neonazi-Schriften. Zudem finden sich im Forum immer wieder Download-Links für Musik, Literatur im PDF-Format oder Videos – beispielsweise „Beruf: Neonazi" oder „Nebenan der braune Sumpf". Daneben werden zahlreiche rechtsextreme Videos auf Youtube verlinkt.

Seit November betreibt Skadi erneut eine neonazistische Topliste – diesmal im versuchten Spagat zwischen internationalen Neonazis sowie potenziell strafbaren Links und dem deutschen Recht. So gibt es neben der internationale Topliste eine „Deutsch (BRD-konforme)" Linkliste, worin sich derzeit weder strafbare Symbole noch unzulässige Links finden. Sie enthält ein Dutzend Neonazi-Websites – darunter neben drei rechtsextremen Versandhändlern die „Odin-Kontaktanzeigen", die zum Umfeld der „Aktiven Frauen Fraktion" (AFF) zählende „nationale Elternseite" Feenwald sowie „freier widerstand".

Rudolf Kleinschmidt

Landflüchtige Szene

In Sachsen-Anhalt wollen Rechtsextremisten zunehmend in den großen Städten Fuß fassen. Ein Beispiel dafür ist Halle/Saale.

Halle/Saale im Süden Sachsen-Anhalts, scheint sich mehr und mehr zu einer neonazistischen Hochburg zu entwickeln. Konzentrierten sich in den vergangenen Jahren Aktivitäten sowohl organisierter Neonazis als auch so genannter Freier Nationalisten und unabhängiger Kameradschaften in der Region eher auf Landkreise im Umfeld der Stadt, so scheinen die rechtsextremen Kräfte unterschiedlichster Organisationsformen derzeit massiv darum bemüht, ihren Einfluss und ihre Aktivitäten in Halle selbst deutlich zu steigern. Halle mag dabei nur als Beispiel gelten für eine Tendenz, die sich verstärkt feststellen lässt. Galten in Sachsen-Anhalt bislang eher der ländliche Raum mit seinen Unter- und Mittelzentren sowie eine überwiegend dörfliche und kleinstädtische Regionalstruktur als die Hochburgen des Rechtsextremismus, so strebt dieser zunehmend nicht nur für einzelne Aktionen, sondern auch für eine dauerhafte Ansiedlung in die großen Städte.

„Der Verfassungsschutz beobachtet seit einiger Zeit verstärkte rechtsextreme Aktivitäten in Halle", sagt Martin Krems, Pressesprecher des sachsen-anhaltischen SPD-Innenministers Holger Hövelmann. Dies betreffe neben rechtsextremen Parteien unter anderem die Gruppierung der „Nationalen Sozialisten" sowie anderer Gruppierungen Freier Nationalisten. Nur folgerichtig erscheint in diesem Zusammenhang die Gründung eines örtlichen Stützpunktes der Jungen Nationaldemokraten in Halle. Die NPD-Jugendorganisation spielt bekanntlich nicht nur eine wesentliche Rolle als organisatorische Schnittstelle zwischen Partei und Freien Kräften, sondern sorgt mit der Ausrichtung nur scheinbar unpolitischer Kinder- und Familienfeste sowie Konzertveranstaltungen auch für neue Impulse in der Mitglieder- und Sympathisantenwerbung.

„Dies ist längst kein reines Jugendphänomen mehr, das sich mit zunehmendem Alter insbesondere bei Mitläufern von allein legt" beschreibt Torsten Hahnel von der „Arbeitsstelle Rechtsextremismus" des Vereins Miteinander e.V. die Situation in Halle. Die Stadt werde zunehmend zur Spielwiese auch für öffentliche Aktivitäten unterschiedlicher rechtsextremer Gruppierungen. Halle spielt dabei auch eine zunehmend an Bedeutung gewinnende Rolle beim Image-Wandel der rechten Szene. Die Klischees des glatzköpfigen, Bomberjacke und Springerstiefel tragenden Rechtsextremisten stimmen immer weniger. Die Inhalte haben sich allerdings nicht geändert. „Sie werden jedoch cleverer verpackt", sagt Hahnel. „Das liegt auch daran, dass der Anteil an Abiturienten und Studenten in der rechtsextremen Szene deutlich angestiegen ist."

Was letztlich dazu führt, dass rechtsextreme Kreise öffentliche Veranstaltungen zunehmend als Plattform für eigene Parolen sehen. Als kürzlich der größte und verkehrsreichste Platz in Halle nach mehrjährigem Umbau wieder eingeweiht wurde, nutzten rechte Gruppierungen diese Gelegenheit ebenso wie das Lichterfest in Halles Innenstadt zu eigenen Auftritten, bei denen sie Parteifahnen und Plakate schwenkten. Die Polizei sah dennoch keine Möglichkeit einzuschreiten. Zur Teilnahme an diesen beiden Veranstaltungen sei schließlich von den öffentlichen Veranstaltern die Bevölkerung insgesamt eingeladen worden. „Die Teilnahme dieser Gruppierungen an diesen beiden Veranstaltungen war nicht als Demonstration angemeldet worden und wurde von unseren Einsatzkräften auch nicht als ungenehmigte Demonstration gewertet", sagte Ulrike Diener, Pressesprecherin der Polizeidirektion Halle, der „Mitteldeutschen Zeitung". Zudem hätten die rechten Kräfte die Veranstaltungen weder gestört, noch hätten ihre Plakate verbotene Parolen enthalten.

Die Stadtverwaltung sieht derzeit offenbar keinen aktuellen Handlungsbedarf. „Zurzeit ist keine Führungspersönlichkeit erfolgreich präsent", erklärte sie jüngst auf eine Anfrage aus dem Stadtrat. Der Verwaltung gilt Halle in Sachen Rechtsextremismus „im Vergleich zu anderen Städten als vergleichsweise ruhiges Pflaster".

Verfahren muss neu aufgerollt werden

Das wird von Teilen der Justiz wie auch von engagierten Beobachtern der Szene freilich anders gesehen. Die Staatsanwaltschaft verzeichnet seit geraumer Zeit einen deutlichen Anstieg von Propagandadelikten, vorzugsweise das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Gab es in diesem Bereich im Jahr 2004 noch 78 Ermittlungsverfahren, so waren es 2005 bereits 131 Verfahren. „Und mit mindestens dieser

Größenordnung rechnen wir auch für 2006", sagt Oberstaatsanwalt Jörg Wilkmann.

Nur beispielhaft für den Umgang von Polizei und Justiz seien einige Fälle genannt: Ohne ersichtlichen Grund haben im Januar 2006 vier Angehörige der rechten Szene zwei Passanten angegriffen und zusammengeschlagen. Lediglich zwei der Täter wurden am 14. November vom Hallenser Amtsgericht wegen Körperverletzung zu je zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. Beide haben bereits Vorstrafen wegen des Verwendens verfassungswidriger Kennzeichen, einer von ihnen betreibt von Halle aus einen Online-Shop, über den Bekleidung mit rechtsextremen Aufdrucken vertrieben wird. Die Wohnung, von der aus der Shop und eine rechte Internetseite betrieben werden, war erst im August Ziel einer Razzia des Staatsschutzes wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Über Ergebnisse dieser Razzia und des bisherigen Ermittlungsverfahrens in deren Zusammenhang möchte Oberstaatsanwalt Wilkmann noch nicht sprechen. „Die Ermittlungen in dieser Sache dauern noch an." Einer der an dem Überfall beteiligten Rechten kam mit einer Verwarnung davon, das Verfahren gegen den vierten Täter wurde eingestellt. Letzterer ist erst kürzlich vom Landgericht Halle zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden, weil er an einem Überfall beteiligt war, bei dem einem 19-Jährigen ein Hakenkreuz ins Bein geschnitten worden war.

Ein 22-jähriger Leipziger Neonazi musste sich nach einer Schlägerei mit linksgerichteten Jugendlichen am Hallenser Hauptbahnhof verantworten. In der Berufungsverhandlung bekam der Leipziger eine siebenmonatige Haftstrafe, die für zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Neu in Angriff genommen werden muss ein Verfahren gegen zwei Hallenser wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung. Nachdem einer der beiden Angeklagten zum ersten Tag der Hauptverhandlung unentschuldigt nicht erschienen war, verzichtete das Gericht am 14. November 2006 auf den Erlass eines Haftbefehls und die zwangsweise Vorführung des Angeklagten durch die Polizei und setzte die Hauptverhandlung statt dessen kurzerhand komplett aus. Jetzt muss das Hauptverfahren in Gänze neu aufgerollt werden. Dies soll vermutlich im Januar oder Februar geschehen.

Eberhard Löblich

Klinische Symptome

Ein Psychiater im Dienste der NPD.

Benedikt Frings dürfte in Teheran (s. S. 7) zu den am häufigsten interviewten Teilnehmern gezählt haben. „Neben den Juden rissen sich die Journalisten auch um einen Deutschen: den Psychiater Benedikt Frings – bei dessen imposanter teutonischer Gestalt kein Wunder", heißt es auf der Homepage von Peter Töpfer. Dass der 49-jährige Diplom-Psychologe Frings mit Praxis in Köln in einem solchen Rahmen einmal ein gefragter Gesprächspartner sein würde, hätte vor Jahren niemand geahnt. Lange Jahre gehörte er der CDU an. Im November 2005 ließ er die Leser der „Deutschen Stimme" (DS) wissen, dass er auf einem „geistig mühseligen und langwierigen Weg" die Loyalität zu seiner alten politischen Heimat aufgekündigt habe. Schon damals ging es ihm auch um den Holocaust: „Die Holocaust-Anti-Religion und die Kriegsschuldthese hat das deutsche Volk kollektiv neurotisiert und so absichtsvoll wehrlos gemacht."

Zu diesem Zeitpunkt hatte er sich rechtsaußen schon gut eingelebt. Im Mai 2005 trat er als Landtagskandidat der NPD in Köln an. Im Juni wählte ihn die Kölner NPD zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden und Geschäftsführer. Und im Oktober 2005 war er bei einer Tagung von Jürgen Schwabs Deutscher Akademie (DA) als Psychologe gefragt. Frings solle ein „Agentenaussteigerprogramm" leiten. Das Ziel: Mitglieder der NPD, die Kenntnisse über Agententätigkeit in ihrer Partei besäßen, sollten „ihre Mitwisserschaft offenbaren" und „reuige aktive Agenten" „die Seiten wechseln". Frings wolle sie „im Rahmen einer Gruppentherapie betreuen". Auch bei einer weiteren DA-Tagung Anfang April 2006 in Köln referierte Frings.

Um Psychologisches ging's auch bei einem Gastauftritt in der DS im April 2006. Unter dem Titel „Die Schuldneurose" schrieb Frings: „Das deutsche Volk wurde gemäß den Plänen von Morgenthau, Kaufman und Hooton in einen kollektiven Schuldkomplex versetzt, der es lähmt und in eine chronische psychische Krankheit versetzt hat." Sein Therapievorschlag: „Statt 'Auschwitz-Befreiung' am 27. Januar jedes Jahres Kaisers Geburtstag wie zu Urgroßmutters Zeiten feiern."

Tomas Sager

Seitenblick

Treffen der Holocaust-Leugner

Revisionisten und Islamisten aus zahlreichen Staaten fanden sich zu einer „Konferenz" in Teheran unter der Fittiche des iranischen Staatschefs Ahmadinedschad ein.

67 Holocaust-Leugner und politische oder religiöse Sektierer aus 30 Staaten, darunter Deutschland, Österreich, Italien, Belgien, Portugal, Dänemark, Frankreich, England, Ungarn, USA, Jordanien, Indonesien, Bahrain, Pakistan, Russland, Japan, Kenia, Malaysia, Marokko, Ägypten und Nigeria, waren zu der Konferenz „Überprüfung des Holocausts: Globale Vision" am 10. und 11. Dezember 2006 in die iranische Hauptstadt Teheran gereist.

Das Treffen, dem ein Karikaturenwettbewerb zum Holocaust im August voranging, hatte der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinedschad angeregt. Ahmadinedschad hat wiederholt den Mord an den europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland in Frage gestellt. Cheforganisator der Veranstaltung, zu der das iranische Institut für Politische und Internationale Studien (IPIS) geladen hatte, war Mohammad Ali Ramin (Jg. 1954), Hochschuldozent für Sozialwissenschaftler im Iran und Vorsitzender der „Gesellschaft für die Vertretung der Rechte muslimischer Minderheiten im Westen". „Die Holocaust-Story war der Vorwand für die Entstehung des verbrecherischen israelischen Regimes", behauptet der Islamist Ramin.

Der Chefideologe und Freund von Ahmadinedschad hat 17 Jahre lang in der Bundesrepublik gelebt und bis 1994 im niedersächsischen Clausthal-Zellerfeld studiert. Dort gründete er den Verein „Islamische Gemeinschaft in Clausthal". In einer Pressemitteilung verkündete der Verein 1988: „Jeder Moslem ist aufgerufen, sich zusammenzureißen, um dem ihm auferlegten Kampf entgegenzutreten. Jeder aufrichtige Mensch ist aufgefordert, die Unterdrückungsmaschinerie dieser Erde, angeführt von den Zionisten und der USA ... abzulehnen und sich dagegen aufzulehnen."

Aus Deutschland hatten sich unter anderen Benedikt Frings, Peter Töpfer, Herbert Hoff, Carsten Bormann, Arnold Höfs und Markus Haverkamp zum Holocaust-Kongress in Teheran eingefunden.

Das einstige CDU-Mitglied Benedikt Frings wurde im Sommer 2005 zum stellvertretenden Kölner NPD-Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer gewählt. Frings, in Köln niedergelassener Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, ist Gelegenheitsautor für das NPD-Blatt „Deutsche Stimme". Peter Töpfer, der Eigenbekunden zufolge eine offizielle Einladung der iranischen Regierung hatte und lediglich die Flugkosten selbst zahlen musste, hielt am zweiten Kongresstag seine Rede „Save the West!". Beeindruckt gezeigt haben soll sich Töpfer von Ahmadinedschad, der ihm „wie ein Kaiser vorkam, bei dem sich Abgesandte aller Völker und Religionen treffen, um Frieden zu stiften". In einem Interview mit dem deutschsprachigen Programm des iranischen Rundfunks (IRIB) beklagte Töpfer, dass Revisionisten in Deutschland „auf eine ganz schreckliche und schlimme Art und Weise" verfolgt würden. Töpfer war Mitherausgeber der rechtsextremen Zeitschrift „Sleipnir", in der auch Holocaust-Leugner publizierten.

"Die Lüge von den sechs Millionen vergasten Juden"

Herbert Hoff ist Autor des Buches „Faktenspiegel. Adolf Hitler und die Demokraten. Tatsachen-Zusammenhänge", das er in Teheran mit dabei hatte. Das Buch war über den „Vertriebsdienst Nation Europa" erhältlich. Der Name Carsten Bormann findet sich auf einer Bestellerliste des rechtsextremen V7-Versandes. Arnold Höfs und Marcus Haverkamp (NPD) gehörten der neunköpfigen Delegation des am 9. November 2003 im nordrhein-westfälischen Vlotho maßgeblich von Horst Mahler ins Leben gerufenen „Vereins zur Rehabilitierung der wegen des Holocaust Verfolgten" (VRBHV) an. Der VRBHV-Vorsitzende und Holocaust-Leugner Bernhard Schaub kam aus der Schweiz angereist. In seiner Rede in Teheran hob Schaub die „Lüge von den sechs Millionen vergasten Juden" hervor.

Aus Österreich waren der 85-jährige Szene-Anwalt Herbert Schaller, einer der Rechtsanwälte beim laufenden Zündel-Prozess vor dem Mannheimer Landgericht, der wegen NS-Wiederbetätigung vorbestrafte ehemalige FPÖ-Bezirksrat Wolfgang Fröhlich und Hans Gamlich

in Teheran vor Ort. Gamlich hat Hitler in der FPÖ-nahen Wochenzeitung „Zur Zeit" als „großen Sozialrevolutionär" und Rudolf Heß als einen „kühnen Idealisten" bezeichnet.

Als Redner auf der Tagung tat sich auch der gebürtige Deutsche Fredrick Töben hervor. Töben ist Leiter des 1996 in Australien gegründeten Adelaide Institute, das im Internet die Leugnung des Holocaust propagiert. 1999 wurde Töben vom Landgericht Mannheim wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten verurteilt. Mit Töben waren auch dessen Mitarbeiter Richard Krege und Mohammed Hegazi nach Teheran gekommen. In Sachen Holocaustleugnung hielt sich Töben schon mehrfach im Iran auf.

Die französische Revisionisten-Szene vertraten unter anderem Serge Thion sowie Robert Faurisson und Georges Theil, beide wegen Holocaustleugnung bereits verurteilt. Theil, Front National-Abgeordneter im Regionalparlament von Lyon, bezeichnete in Teheran den Holocaust als „große Lüge". Aus Dänemark kam Christian Lindtner, Autor der „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung". Jan Bernhoff, der zuvor am Karikaturenwettbewerb teilgenommen hatte, reiste aus Schweden an.

Hetze gegen Israel

Mit David Duke war einer der bekanntesten US-amerikanischen Rassisten in Teheran vor Ort. Der ehemalige Grand Wizard der Knights of the Ku Klux Klan ist Vorsitzender der „European-American Unity and Rights Organisation". 2002 nahm er als Redner beim 2. Pressefest der NPD-nahen Verlagsgesellschaft Deutsche Stimme teil. Den Weg nach Teheran fand auch der Duke-Gefolgsmann George Kader, ein gebürtiger Ungar. Kader ist neben dem Ex-NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert „Europa-Statthalter" der antisemitischen Zeitung „American Free Press" (AFP; Washington D.C.), die in Teheran auch durch den US-Amerikaner Michael Collins Piper vertreten war.

Der aus Mexiko angereiste US-Amerikaner Bradley Smith, einer der beiden Gründungsköpfe des „Committee for Open Debate on the Holocaust" (Codoh), ist seit 1983 als revisionistischer Propagandist aktiv. Im April 2004 sprach Smith auf einer Konferenz, die das „Institute for Historical Review" und die „Nationale Alliance" ausgerichtet haben.

Für internationalen Wirbel sorgten fünf ultraorthodoxe Rabbiner, Mitglieder der 1938 in Jerusalem gegründeten antizionistischen Neturei Karta-Sekte („Wächter der Stadt"), die aus New York, London und Wien angereist waren. Die Sekte, der einige tausend überwiegend in Jerusalem und New York lebende Mitglieder angehören, bekämpft den „zionistischen Staat" Israel. Nach der Konferenz traf sich die Runde mit dem iranischen Staatschef. Mit von der Partie bei diesem Treffen war auch der in Wien lebende US-Amerikaner Moishe Arye Friedman. Der von der FPÖ und Islamisten protegierte Friedman, Interviewpartner rechtsextremer Blätter wie „Die Aula", „Der Eckart" und der „National-Zeitung", hat seit Jahren Hausverbot in sämtlichen Synagogen der Israelitischen Kultusgemeinde in Österreich. Friedman, der sich zuletzt im März im Iran aufhielt, fungierte am 21. Oktober vergangenen Jahres in Berlin als Redner bei einer Islamistendemonstration.

Mit Hetze gegen Israel wurde von Ahmadinedschad die Teheraner Konferenz beendet. Ausdrücklich forderte er die „Abschaffung" des jüdischen Staates und die Bildung einer Kommission, die den Holocaust ergründen solle. Der Befehl des Präsidenten wurde am 13. Dezember in Teheran mit der Gründung der „Internationalen Stiftung zur Untersuchung des 'Holocausts'" (ISUH) umgesetzt. Als Generalsekretär amtiert Mohammad Ali Ramin. Dem Komitee gehören Christian Lindtner, Michele Renouf, Bernhard Schaub, Serge Thion und Fredrick Töben an. Als Mitarbeiter soll auch der in Russland lebende Schweizer Holocaust-Leugner Jürgen Graf gewonnen werden. Aufgaben der Stiftung sind die „Gründung des internationalen Wahrheitsfindungskomitees in Bezug auf den 'Holocaust'". Ferner soll die „Gründung der internationalen Rechtskommission zur Festsetzung von Strafmaßnahmen für die eventuellen Schuldigen des 'Holocausts', für den Fall, dass sich der 'Holocaust' als Lüge erweist, Bestrafung der Falschbehaupter und Festlegung der Reparationen für die bisher zu Unrecht Verurteilten" vorangetrieben werden. Und auf dem Programm steht auch die Vorbereitung der nächsten Holocaust-Konferenz.

Anton Maegerle

Demokratische Initiativen

Vom Hass verabschieden

Erfolg versprechender Modellversuch für inhaftierte rechtsextreme Mitläufer.

Die Zahlen sprechen für sich: Mehr als 1 100 rechte Delikte verzeichnet der jüngste Lagebericht des Potsdamer Innenministeriums für die ersten zehn Monate 2006, 63 davon Gewaltdelikte. Die rechtsextremen Täter eint außer ihrer Gesinnung noch etwas: fast alle sind männlich, unter 21 Jahren und ein Fall für das Jugendstrafrecht. Seit Jahren treffen die Verurteilten in den Jugendstrafanstalten auf viele Gleichgesinnte. Jeder dritte bis vierte Insasse in Brandenburg ist nach Schätzungen des Potsdamer Justizministeriums rechtsextrem eingestellt.

Weil das so ist, hat das Bundesland vor sechs Jahren ein Projekt gestartet, das in den Jugendknästen gezielt mit rechtsextremen Straftätern arbeitet. Kurz vor Ablauf des Jahres 2006 zogen die Initiatoren des bundesweit einmaligen Modellversuchs „Abschied von Hass und Gewalt" zum ersten Mal Bilanz: Von 40 gewalttätigen Rechtsextremen, die nicht nur während ihres Gefängnis-Aufenthaltes therapiert, sondern auch nach der Entlassung ein weiteres Jahr betreut wurden, seien bis heute lediglich vier rückfällig geworden, erklärte Justizministerin Beate Blechinger. „Angesichts sonstiger Rückfallquoten ist das ein enormer Erfolg."

Das Konzept bemüht sich vorrangig um Mitläufer der rechten Szene. Mit Hilfe einer Strategie „subversiver Verunsicherung" konfrontieren geschulte Trainer sie in Einzel- und Gruppengesprächen mit ihren politischen Einstellungen wie mit Ursachen und Auswirkungen ihres Handelns. „Die meisten gehen zunächst von der Prämisse aus, dass sie erstens zu Unrecht verurteilt und das Opfer zweitens selbst schuld ist", erzählt Helmut Heitmann vom durchführenden Archiv der Jugendkulturen, „durch gezieltes Nachfragen bemühen wir uns diese Legende zu zerstören". Zweiter wesentlicher Bestandteil ist, dass die Rechtsextremen, von denen die meisten wegen Gewaltexzessen verurteilt sind, sich die gruppendynamischen Prozesse – respektive die gemeinsamen Fronterlebnisse – ihrer Szene bewusst machen. Das Trainingsprogramm im Gefängnis dauert ein halbes Jahr, nach ihrer Entlassung können die freiwilligen Teilnehmer eine einjährige Weiterbetreuung beantragen. Letztere ist nach Angaben der Veranstalter wichtig, um die Phase, in der die alten „Kameraden" wieder vor der Tür stehen, zu bewältigen.

Außer den Wert eines Lebens ohne Hass und Gewalt zu vermitteln, will der Modellversuch auch die weitere Ausbreitung rechtsextremer Gedanken verhindern. „Wenn man 200 Rechtsextreme ins Gefängnis steckt, kommen 600 wieder raus", erklärte Ulrich Dovermann von der Bundeszentrale für politische Bildung, die das Projekt kofinanziert. Blechinger fügte hinzu, „wenn Menschen auf so engem Raum zusammenleben, geben die Hardliner unter den Rechten schnell und unwidersprochen den Ton an. Dem müssen wir entgegensteuern". Mit Führern der rechtsextremen Szene therapeutisch zu arbeiten, hat sich auch bei diesem Projekt als nicht realistisch erwiesen.

Insgesamt 156 Teilnehmer haben inzwischen das freiwillige Training in einer von acht Haftanstalten absolviert; 700 haben an offenen Gesprächsrunden in Gefängnissen zu Themen wie Rechts-Rock, NS-Zeit oder Völkertheorien teilgenommen. Hafterleichterungen würden im Gegenzug nicht versprochen, versichern die Veranstalter.

Dass das Projekt akzeptiert wird, hat nach Ansicht des Trainers Thomas Mücke vor allem damit zu tun, dass das Personal erstens von außen kommt und zweitens im Ruf steht, „in Ordnung" zu sein. Es mag aber auch damit zu tun haben, dass „demütigungsfreie" Arbeit mit Rechtsextremen nur erfahrenen Kräften möglich ist, die nicht in Gefahr geraten, vom Sozialarbeiter zum besten Freund des Gewalttäters zu mutieren. Mücke ist dafür ein gutes Beispiel: Seit den 90er-Jahren, als die Grenzen akzeptierender Sozialarbeit mit der rechten Szene – und insbesondere mit Anführern – mühsam und oft leidvoll gelernt werden mussten, arbeitete er in Berlin mit Rechtsextremen.

In diesem Jahr wird das Projekt von Brandenburg auf Hamburg und Bremen ausgeweitet. Finanziert wird es von den Ländern, der Bundeszentrale für politische Bildung sowie aus Restbeständen des Xenos-Programms im Bundessozialministerium. Die Arbeit von sieben Trainern in acht brandenburgischen Jugendstrafanstalten kostet gut 300 000 Euro im Jahr.

Jeannette Goddar

Blick in die Zeitgeschichte

Chronik des Erinnerns

2007 jähren sich wieder zahlreiche Daten deutscher Geschichte – vor 75 Jahren, 1942, begann der systematische Massenmord an den Juden.

Beim Versuch, an wichtige Ereignisse von 1922 bis 2007 zu erinnern, erweist es sich als unmöglich, die Daten nahezu gleichmäßig über die Jahrzehnte zu verteilen. Es gibt besonders ereignisreiche Jahre und solche, in denen es zeitgeschichtlich eher uninteressant aussieht. Diesmal liegt der Schwerpunkt eindeutig auf dem dritten Jahr des Zweiten Weltkrieges, also 1942, mit mindestens 25 wichtigen Jahrestagen. Demgegenüber bietet das Jahr 1922 nur einen Jahrestag, doch der hat es in sich, weil er Gelegenheit bietet, an den Ersten Weltkrieg mit seinen völlig sinnlosen Stellungsschlachten an der Westfront zu erinnern.

Als Stichwort mag Verdun genügen, jene französische Festungsstadt an der Maas, die zum abstoßenden Symbol menschenverachtender Kriegsführung auf beiden Seiten wurde. Weder in Frankreich noch in England oder im Deutschen Reich wollten die Militärführer begreifen, dass mörderisches Gemetzel keiner Seite von Nutzen sein konnte. Dennoch setzten die Heerführer darauf, den Gegner besiegen zu können. Dabei zeigte sich der deutsche General Erich von Falkenhayn besonders unnachgiebig. Er wollte die französischen und britischen Truppen „ausbluten", sie also so lange gegen die deutschen Linien anrennen lassen, bis diese „ausgeblutet" waren. Die Schlacht dauerte vom 24. Juni bis zum 26. November 1916. Nach der sinnlosen Schlacht trat von Falkenhayn von seinem Posten als Armeechef zurück. Er starb vor 85 Jahren am 8. April 1922. Sein Name ist weitgehend vergessen und das ist gut so.

Ähnlich verhält es sich mit dem 25. Februar 1932, also vor 75 Jahren, und das ist schlecht, weil dadurch der Blick in die Geschichte des Nationalsozialismus verstellt wird. Deutschland war Anfang der 30er Jahre ein Reich der Kleinstaaterei – grundsätzlich kein Fehler, weil es dem föderalen Prinzip entsprach. Es öffnete freilich gleichzeitig dem Partikularismus Tür und Tor und ebnete Hitler den Weg in die Reichskanzlei. Der Mann aus Österreich war im Deutschen Reich längst ein bekannter Politiker. Dennoch durfte er bei wichtigen politischen Entscheidungen nicht mitmachen. Es fehlte ihm nämlich die deutsche Staatsangehörigkeit. Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 hatte die NSDAP mit Hitler an der Spitze die Zahl ihrer Mandate verneunfacht und war auf 107 Sitze gekommen. Nun begann die Suche nach einer Möglichkeit, Hitler zum Deutschen zu machen. Am 1. Oktober 1930 wird im Land Braunschweig der NSDAP-Politiker Anton Franzen Minister für Innen- und Volksbildung. Am 25. Februar 1932 ernennt die Gesandtschaft des Landes Braunschweig in Berlin Adolf Hitler zum Regierungsrat. Damit ist er deutscher Staatsbürger. Der Weg in alle politischen Ämter des Deutschen Reiches ist frei. Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 erringt die NSDAP 37, 3 Prozent und wird stärkste Partei im Parlament.

Hitlers Vorbereitungen zum Krieg

Vor 70 Jahren, 1937, ist Hitler bereits seit vier Jahren Reichskanzler. Seine Position ist innen- wie außenpolitisch gefestigt. Nach dem Verbot aller linken Parteien und der Gewerkschaften gibt es im Reich keine Opposition mehr. Im Ausland genießt das Deutsche Reich nicht zuletzt durch die olympischen Sommerspiele von 1936 großes Ansehen. Die Aufrüstung läuft auf Hochtouren. Was fehlt, ist die Probe aufs Exempel, die Erprobung neuer Waffen. Da kommt dem Chef der deutschen Luftwaffe, Hermann Göring, ein Krieg am westlichen Rand Europas gerade recht. In Spanien ist der Faschist Francisco Franco zur Vernichtung der Republikaner angetreten. Göring bietet Franco Waffenhilfe an – seine neuesten Kampfflugzeuge. Franco sagt ja und am 26. Februar 1937 legen neun dieser neuen Kampfbomber der „Legion Condor" die „heilige" Stadt der Basken, Guernica, in Trümmer. Am 24. Juni 1937 erteilt Hitler der Wehrmachtsführung den Auftrag, den Krieg vorzubereiten.

Nachdem außenpolitisch wichtige Pflöcke eingerammt waren, ging es in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 darum, innenpolitisch und besonders auf dem Gebiet der Kunst auch öffentlich zu zeigen, wohin es gehen soll. Um die Bevölkerung auf „entartete Kunst" vorzubereiten, musste freilich erst einmal gezeigt werden, was „deutsche Kunst" ist. Dazu war in kürzester Zeit in München, der „Stadt der Bewegung", das „Haus der Deutschen Kunst" hochgezogen worden. Am 18. Juli 1937 musste die Münchner Innenstadt lange gesperrt werden. Hitler war zur Eröffnung der Schau nach

München gekommen. Einen Tag später, am 19. Juli, eröffnete Joseph Goebbels die Ausstellung „Entartete Kunst“. Viele der nun als „entartet“ diffamierten Künstler waren Linke oder Juden, die Gemälde, Zeichnungen und Radierungen waren Diebesgut, für das nun Interessenten gesucht wurden. Das Interesse war groß, die meisten Werke wurden mit hohen Gewinnen verkauft. Vier Monate später kam der „Minister für Volksaufklärung und Propaganda“, Goebbels, erneut nach München, um eine Ausstellung zu eröffnen, die an Klarheit nichts zu wünschen ließ: „Der Ewige Jude“ machte allen klar, was zuerst den deutschen und dann den europäischen Juden bevorstand. Partei und Regierung hatten die Masken endgültig fallen gelassen.

Das Schicksal der Juden besiegelt

1942, fünf Jahre darauf, musste gar nicht mehr erörtert werden, was mit der „Endlösung der Judenfrage“ gemeint war. Längst hatten SS-„Einsatzgruppen“, Polizei und Wehrmacht in Polen mit der Endlösung begonnen. Nun, nach dem Überfall auf die UdSSR, ging es nur noch darum, wie der Völkermord organisiert werden musste. Dazu hatte SD-Chef Reinhard Heydrich für den 20. Januar 1942 Vertreter der betroffenen Reichsministerien in die Villa „Am Großen Wannsee“ in Berlin eingeladen. Das Protokoll führte der Chef des Judenreferats im SS-Reichssicherheitshauptamt, Adolf Eichmann. Der Termin war zuvor verschoben worden, doch nun drängte die Zeit. Bereits zwei Monate später, nämlich Mitte März, begannen die Massenmorde im Vernichtungslager Belzec sowie die „Aktion Reinhard“, also die Vernichtung der Juden im größten Teil Zentralpolens, das die Nazis „Generalgouvernement“ nannten. Ebenfalls im März 1942 rollten die ersten Züge mit deutschen und französischen Juden nach Auschwitz. Mitte Mai begannen die Massenmorde mit Zyklon B im Vernichtungslager Sobibor. Da die Deutsche Reichsbahn bei den Deportationen auf die Hilfe anderer Staatsbahnen angewiesen war, berieten deutsche und französische Bahn- und Transportexperten am 2. Juli 1942 in Paris darüber, wie die gesamte Logistik aufeinander abgestimmt werden konnte. Für Polen war das nicht nötig, weil dort die Juden in ausrangierte Güterwagen gepfercht wurden. Am 21. Oktober 1942 rollten die ersten Massentransporte aus Warschau ins KZ- und Vernichtungslager Treblinka knapp einhundert Kilometer nordöstlich an.

Zu dieser Zeit war der Initiator der Wannsee-Konferenz, Heydrich, nicht mehr am Leben. Er war am 27. Mai 1942 bei einem Attentat in Prag lebensgefährlich verletzt worden. Es war der schwerste Anschlag auf einen hohen Vertreter des NS-Regimes. Wenig später erlag Heydrich in Berlin seinen Verletzungen. Als Rache wurde am 10. Juni 1942 das tschechische Dorf Lidice östlich von Prag von SS-Einheiten vernichtet, die Einebnung erledigte der Reichsarbeitsdienst, dessen Rolle im NS-Staat dringend erforscht werden müsste. Die Männer aus Lidice wurden ermordet, Frauen und Kinder entweder ins KZ Ravensbrück gebracht oder im Deutschen Reich zur „Eindeutschung“ deutschen Familien übergeben.

Zwölf Tage nach der Vernichtung Lidices wurde der „Generalplan Ost“ gebilligt, der vorsah, Millionen Polen und Sowjetbürger nach Osten zu deportieren, um Platz für deutsche Siedler zu schaffen. Mit Himmlers Befehl vom 19. Juli 1942, das „Generalgouvernement“ von Juden zu räumen, war auch das Schicksal der Juden im Ghetto von Warschau besiegelt. Vier Tage später begannen im Vernichtungslager Treblinka die Massenmorde in den Gaskammern. Das Lager nicht weit von der polnischen Hauptstadt war eigens zur Vernichtung der etwa 300 000 Warschauer Juden errichtet worden. Hier starb am 5. August 1942 auch der berühmte polnische Kinderarzt und Sozialpädagoge Janusz Korczak, dem die Nazis versprochen hatten, ihn frei zu lassen, wenn er die seiner Obhut anvertrauten Kinder widerstandslos deportieren ließe. Korczak lehnte nicht nur ab, sondern bestand darauf, „seine“ jüdischen Kinder nach Treblinka zu begleiten.

Die Massenmorde in den Vernichtungslagern konnten gar nicht geheim bleiben. In den USA und in England gab es öffentliche Proteste, was vermutlich US-Präsident Franklin D. Roosevelt dazu veranlasste, am 21. August 1942 Strafverfahren gegen die Mörder und die Schreibtischtäter anzukündigen. Als am 7. November 1942 alliierte Truppen in Nordafrika landeten, war die Niederlage des Deutschen Afrikacorps unter General Erwin Rommel abzusehen. Die Rettung der Juden in Palästina rückte in greifbare Nähe. Ein Rückblick auf die Jahre 1947 bis 2002 folgt in der nächsten Ausgabe.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Revolte gegen den Landeschef

Hannover – Es brodelt bereits seit Monaten an der niedersächsischen NPD-Basis. Im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen im Januar 2008 wächst der Widerstand gegen den bisherigen Landesvorsitzenden Ulrich Eigenfeld. NPD-Mitglieder übergaben im Dezember dem Landesgeschäftsführer Malte Holzer eine mehrseitige Unterschriftenliste, auf der 67 Unterzeichner einen Sonderparteitag „zum Zwecke einer Vorstandsneuwahl" der NPD in Niedersachsen fordern. Ein Großteil der Unterschriften stammt aus dem NPD-Unterbezirk Stade. Ziel des Aufrührerkreises um Landesvize Adolf Dammann und Hans-Gerd Wiechmann kann nur die Abwahl Eigenfelds sein, da unter dessen Führung die Gefahr bestehe, dass auch die zukünftige Wahl, „wie in der Vergangenheit geschehen", auf die „leichte Schulter" genommen werden könnte. Ziel der NPD-Rebellen ist es nach eigenen Angaben, in dem nördlichen Flächenland ein Ergebnis zu erzielen, „dass uns in die staatliche Parteienfinanzierung einbringt". Das ginge jedoch nur mit Wahlkampfunterstützung der Kameradschaften und die zeigten unter dem amtierenden Landesvorstand ihr Desinteresse. Christian Worch aus Hamburg spielt die machtvolle Position der Freien Nationalisten aus. Er schreibt: „Daher haben maßgebliche parteifreie Aktivisten aus Norddeutschland bereits erklärt, einen unter Leitung von Adolf Dammann stehenden Landesverband im Wahlkampf unterstützen zu wollen." Während das Interesse „im Falle der Fortdauer" von Eigenfeld „gegen null tendiert". (ar)

Mehr Todesopfer in Russland

Moskau – Bei rassistischen Angriffen in Russland sind nach Angaben von Galina Koschewnikowa, der stellvertretenden Leiterin des auf Nationalismus spezialisierten Informationszentrums Sowa, im Jahr 2006 mindestens 43 Menschen getötet und 386 verletzt worden. Im vorvergangenen Jahr seien bei rassistischen Übergriffen 36 Menschen ums Leben gekommen, schreibt Sova in dem Bericht „Der russische Nationalismus". Im Zeitraum zwischen 2000 und 2005 ist die Zahl der rassistisch motivierten Überfälle sogar um 84 Prozent auf 13.200 gestiegen, gab der Präsident des Oberhauptes des russischen Parlaments, Sergej Mironow, bekannt. Nach Erkenntnissen von Experten gibt es in Russland etwa 150 rechtsextreme Jugendorganisationen mit rund 10.000 Mitgliedern. Die Angriffe richten sich vor allem auf dunkelhäutige Studenten, Einwanderer oder Angehörige ethnischer Minderheiten. Die Behörden zögern jedoch, die Taten als rassistisch motiviert einzuordnen. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de